

Pressemitteilung Nr. 35 vom 20. Dezember 2017

---

## **GEW: „Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeitslosenversicherung stoppen!“**

**Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern kritisiert scharf, dass Bayern Lehrkräfte vor den Ferien entlässt und nach den Ferien wieder einstellt. Wie weit diese skandalöse Praxis verbreitet ist, belegt eine aktuelle Auswertung der Bundesagentur für Arbeit (BA).**

Demnach seien die Arbeitslosmeldungen von Lehrkräften 2017 in den Sommerferien sprunghaft gestiegen. „Das Hire-and-Fire-Prinzip wird weder den Schülerinnen und Schülern noch den Lehrkräften gerecht. Auch Bayern als Arbeitgeber saniert sich so auf Kosten der Beitragszahler der Sozialkassen“, stellte der Vorsitzende der GEW Bayern, Anton Salzbrunn heute in München fest.

Das Phänomen der saisonalen Lehrerarbeitslosigkeit gebe es bereits seit mehreren Jahren. Die Zahl der zusätzlich arbeitslos gemeldeten Lehrkräfte war in den Jahren 2014 bis 2016 rückläufig. Im Jahr 2017 stieg diese erstmals wieder an, so dass sich bundesweit rund 4.900 Lehrkräfte in den Sommerferien nach einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt arbeitslos gemeldet haben. In Bayern waren dies 861 Kolleg\*innen, bundesweit der zweithöchste Wert. Damit entfallen in Bayern mehr als die Hälfte der Arbeitslosmeldungen von Lehrkräften nach einer Beschäftigung auf einen Tag in den Sommerferien. Dies betrifft vor allem junge Lehrkräfte und überproportional Frauen.

„Zu den gemeldeten Arbeitslosen ist noch eine unbekannte Zahl entlassener Lehrkräfte hinzuzurechnen. Diese melden sich gar nicht erst arbeitslos, da sie wegen fehlender Leistungsvoraussetzungen kein Arbeitslosengeld erwarten oder auf einen Anschlussvertrag nach den Ferien hoffen“, erklärte Salzbrunn. „Personalrät\*innen berichteten, dass auch andere Schulferien bei Vertretungsverträgen gerne ausgespart werden. Die Zahl befristet beschäftigter Lehrkräfte sei leider nicht genau zu erfassen“, bemängelt der bayerische GEW-Vorsitzende weiter.

Salzbrunn wies auf die Konsequenzen dieser Befristungspraxis hin: „Die Schulen haben zu Beginn eines neuen Schuljahres noch keine Gewissheit über die Lehrkräfteversorgung und müssen die Stundenpläne oft zwei Wochen oder länger ändern. Darunter leiden auch die Schülerinnen und Schüler. Für die betroffenen Lehrkräfte bedeutet dieses Sparmodell andauernde Jobunsicherheit und unbezahlte Arbeit. Denn: Auch wenn der Arbeitsvertrag ausgelaufen ist, der Unterricht für das neue Schuljahr muss trotzdem vorbereitet werden. Bei gleichzeitigem Lehrkräftemangel ist das eine unhaltbare und völlig unverständliche Situation.“

Rückfragen gerne an:

Anton Salzbrunn, Tel. 0176 / 65 54 40 36 oder an Bernhard Baudler, Tel. 089 / 54 40 81 – 21 (-0)

V.i.S.d.P: Elke Hahn, Geschäftsführerin GEW Bayern, [elke.hahn@gew-bayern.de](mailto:elke.hahn@gew-bayern.de); Tel.: 0171-6760000